

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Auslieferung
für Haus monatlich RM. 1.20, durch Postbezug
RM. 1.20 einschließlich 48 Pf. Postgebühr (ohne
Zuschlagsgebühr) bei jedesmal wöchentlichem
Lieferung. Sonntagsnummer 15 Pf.,
sonst. 10 Pf., Subskription 10 Pf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/42. Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Ameinhauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Anzeigenpreise in Briefkäse Nr. 7: 5000 Meterpreise
(20 mm breit) 11,5 Pf. Nachfrage nach Briefkäse
2000 Meterpreise u. 5000 Meterpreise Briefkäse
11,5 Pf. 5 Pf. 11 Pf. 10 Pf. - Nachdruck
nur mit Genehmigung der Dresdner Nachrichten.
Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Kriegsgerichte gegen Streikende in Frankreich

Die positiven Kräfte sammeln sich um Daladier

Paris, 26. November.

Wie in unterrichteten Kreisen bekannt wird, hat die französische Regierung beschlossen, auf das Gesetz über die Organisation der Nation in Kriegszeiten zurückzugreifen, das einen Artikel enthält, der für den Fall von Unruhen die Mobilisierung des gesamten Personals der öffentlichen Dienste und der großen für die Landesverteidigung arbeitenden Industrien ermöglicht.

In parlamentarischen Kreisen stellt man Freitag abend fest, daß angesichts der Schwierigkeiten und Angriffe, denen Ministerpräsident Daladier und seine Regierungsmitglieder von Seiten der Marxisten und Kommunisten ausgesetzt sind, sich eine Sammlung der positiven Kräfte um die Regierung abzeichnen beginne. Die feste und energiegeladene Haltung Daladiers gegenüber den Unruhestiftern und Streikbetreibern hat ihm in der Tat eine große Anzahl bisher noch schwankender Abgeordneter gewonnen. Die scharfe Oppositionsstellung der Sozialdemokraten hat in den befreuten Kammern fraktionell, so besonders bei der Republikanisch-Sozialen Vereinigung, keinen Widerstand gefunden, sondern im Gegenteil zu einer Verhärtung der hinter der Regierung stehenden Mehrheit beigetragen.

Die Arbeiter der verschiedenen Eisenbahnen haben am Freitagvormittag eine Versammlung abgehalten. Im Anschluß daran verleschen sie Kundgebungen gegen die Notverordnungen zu organisieren, und zwar in den Pariser Bahnhöfen, wo gerade in den Abendstunden der größte Verkehr herrscht. Begleitet von verheißenen Arbeitern und Angehörigen der Eisenbahngesellschaften, veranlaßten sie in den Bahnhöfen Umzüge und brachten im Zerschneiden von Schindeln auf Daladier aus. Die Polizei verstreute die Kundgeber, etwa 60 von ihnen wurden bisher verhaftet.

Der Beschluß des marxistischen Gewerkschaftsverbandes, für Mittwoch, 30. November, den Generalkonkurrenz in ganz Frankreich zu verhängen, hat die Regierung nicht unvorberetet getroffen. Seit dem Gewerkschaftskongreß in Nantes war sich die französische Regierung völlig im Klaren über die Absichten der Gewerkschaftsbewegung. Im Laufe der letzten Wochen hat sich der Wille des Ministerpräsidenten, seine Politik der wirtschaftlichen, finanziellen und moralischen Wiederaufrichtung Frankreichs bis zum äußersten durchzuführen, noch verstärkt, trotz aller Hindernisse, die ihm entgegengekömmt werden.

Die allgemeine Zustimmung, die die Entschlüsse Daladiers und besonders die energiegelade Räumung der Reichstagen Fabriken in werten Kreisen der Kammerabgeordneten und vor allem der Senatoren gefunden hat, berechtigt zu der Ansicht, daß die Regierung, falls sie sich früher oder später vor das Parlament begeben, um ihre Aktion zu rechtfertigen, von einer großen Mehrheit in der Kammer unterstützt werden wird. In diesem Zusammenhang weist man in parlamentarischen Kreisen darauf hin, daß die Notverordnungen, die den Gehörn einen Vorwand zu ihrer Agitation geliefert haben, von Seiten der Regierung eine gewisse Abänderung und Lockerung erfahren haben; es soll insbesondere die zweiprozentige Einkommensabgabe ein für die Lebenshaltung notwendiges Mindesteinkommen nicht angreifen. Man vertritt sich in parlamentarischen Kreisen wie auch seitens der Regierung durch diese Milderungen der Notverordnungen eine beträchtliche Beruhigung der Gemüter; außerdem würde den Streikbetreibern damit der Vorwand zu ihrer Agitation entzogen.

Die große Linie

Mit dem ersten Advent treten wir in die Weihnachtszeit ein. Alle die kleinen Heimlichkeiten beginnen, die dort, wo Kinder im Hause sind, das Sinnen auf die Liebe leiten, mit der man sich beglücken will. Mit einem tiefen Gefühl der Geborgenheit tritt das deutsche Volk in diesen Abschnitt des Jahresverlaufs. Die große Parole des Friedens erschallt in einem helleren Licht. Dabei ist der Begriff des Friedens ein anderer geworden, als man ihn sieht, wenn man an ein Geschenk des Himmels denkt, das ohne unser Zutun sich herabsendet. Friede — das ist kein Engel mit dem Palmzweig, sondern will man ihm ein Denkmal setzen, so muß man es aus Stahl und Eisen errichten, und den Sockel krönt ein Panzerwagen. Es gibt kein Glück als Geschenk auf dieser Erde. Man muß es sich erringen, erlämpfen, erarbeiten. Ein unabhängiger Tatwille muß dahinterstehen. Und er hat dahintergestanden. Er wird nicht Schritt geritten in der deutschen Politik, sondern weiterhin ist das Tempo kühn, und bis wir in die Weihnachtstruhe eintreten, wird voraussichtlich noch ein erhebliches Stück Weges zurückgelegt. Schon beginnt sich abzuzeichnen, daß das Vakuum in der Welt draußen um die innere Vereinigung Deutschlands, das durch das Zurückdrängen der jüdischen Positionen künstlich ausgefüllt wurde, im Abflauen begriffen ist. Ein Zwischenstadium geht seinem Ausfließen entgegen. Die großen Linien treten wieder in die Erscheinung, und wiederum zeigt sich, daß ein großes und wichtiges Ereignis in der Neugestaltung der internationalen Verhältnisse auf die Dauer nicht zu hemmen, geschweige denn aus der Bahn seines Flusses abzuweichen vermögen. Gerade der hinter uns liegenden Woche drückt eine Hoffnung von Abkommen und Fortschritten den Stempel auf. Sie legt Zeugnis von einer außerordentlich aktiven Tätigkeit der Diplomatie ab. Es gereicht uns zur Genugtuung, daß gerade die deutsche Staatsmännliche Führung in hervorragendem Maße am Zustandekommen der Klärungen und Entspannungen beteiligt war. Als die alte Tscheko-Slowakei zusammenbrach, da hatten die betrübten Völker in Frankreich und England düstere Ahnungen, nun würde das verbleibende Rumpfstück für immer dazu verdammt sein, ein wirtschaftliches Trümmerfeld darzustellen, und Deutschland sei schuld, wenn nun die neue Tscheko-Slowakei die Wohlfahrt ihrer Bevölkerung vernachlässigen müssen. Die Tatsachen freilich reden eine andere Sprache. Am 19. November unterzeichneten die deutsche und die Prager Regierung ein Abkommen von weittragender Bedeutung. Es wurde der Bau eines Kanals zwischen Oder und Donau beschlossen, und der Bau einer Reichsautobahn von Breslau über Brunn nach Wien. Deutschland liegt gar nicht daran, die neue Tscheko-Slowakei zu zerstören, die auf gesunden Grundflächen aufbaut als ihre falsch konstruierte Vorgängerin. Im Gegenteil wird sie durch die beiden neuen großen Verkehrswegen an das ungeheure deutsche Wirtschaftsgebiet und an den Südbalkan angeschlossen. Die Wirtschaftspolitik liegt über enges und verengendes Denken. Den Nutzen werden beide Teile haben, und zwar wirtschaftlich wie politisch. Den natürlichen Gegebenheiten wird Genüge getan. Das war freilich erst möglich, nachdem die Tscheko-Slowakei aufhörte, ein Glied gegen Deutschland zu sein oder sich als solches zu fühlen. Von beiden Seiten wurden mit gutem Willen die Distanzen zurückgelegt und andere Probleme geregelt. Bedeutete früher die Tscheko-Slowakei einen Unruheherd, ein Element der Friedensstörung, so zeigen die Vertragsabhandlungen mit Deutschland, welche Möglichkeiten für die Verständigung zwischen den Völkern überhaupt bestehen, wenn es gelinst, gesunde Voraussetzungen im Sinne einer Befriedung zu schaffen.

Polen auf dem Wege zum totalitären Staat

Der Gedanke einer polnisch-ungarischen Grenze wird aufgegeben

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Warschau, 26. November.

Die Verständigung des neuen polnischen Staatsaufbaues hat als allgemeine Ueberzeugung hervorgehoben und wird in den politischen Kreisen als ein Zeichen dafür angesehen, daß die Staatsführung entschlossen ist, den einmal eingeschlagenen Weg zum totalen Staat mit autoritärer Staatsführung zu Ende zu gehen. Wenn auch das Verbot der nationalen Einigung (ON) das Parlament betrifft und dieses somit als eine Stütze des Regimes angesehen werden kann, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß auch das Parlament von der Mitbestimmung im Staat ausgeschaltet werden wird. Was ihm zu tun übrigbleibt, wird sich im allgemeinen auf die Annahme des Haushaltsplanes beschränken, und im besonderen auf die Befürwortung dieses Parlaments geschuldeten Aufbaues der Nation einer neuen Wahlordnung. So rasch, wie es sich die Opposition vielleicht erhofft hat, dürfte die neue Wahlordnung aber auch nicht unter Dach und Fach gebracht werden, und man vertritt die Meinung, daß das Parlament eine Lebensdauer von zwei Jahren.

Die Opposition wird für die Zukunft völlig ausgeschaltet, und das neue Staatsaufbaugesetz ist Handhabe genug, um den oppositionellen Parteien jede gegen die Regierung gerichtete Agitation zu unterbinden. Wenn die Staatsführung in konsequenter Folge ihres bisherigen Kurses sich zu so einschneidenden Maßnahmen veranlaßt sah, so hat sich das die Opposition nur selbst anzurechnen, da sie, ihre Gegner unterstehend, in die wiederholt abgetriebene Band zur Mitarbeit nicht eingeschlagen hat. Es hat sich gezeigt, daß die Opposition nur über Taktik, aber nicht über Strategie verfügt, und somit unterliegen mußte.

Nachdem in den letzten Tagen die Meldungen über angebliche Unruhen in der Karpaten-Ukraine in der polnischen Presse schon spärlicher geworden waren, ist jetzt zum ersten Male aus den Blättern zu ersehen, daß Polen den Plan einer polnisch-ungarischen Grenze im gegenwärtigen Zeitpunkt fallen gelassen hat. Der außenpolitisch nicht ununterrichtete „Kurier Polski“ schreibt, daß Unruhen sich dahin entschieden habe, daß diese Frage gegenwärtig nicht noch den ungarischen Wünschen zu lösen sei, und meint dann, daß Polen natürlich nicht weiter gehen könne, als Unruhen, dessen Interessen in der Karpaten-Ukraine doch die ärthlichen wären. Auch der „Kurier Warszawski“ äußert sich ähnlich und betont, daß Polen für eine gemeiname Grenze nicht mehr tun könne, als Unruhen selbst.

Besuch Pirows bei Funk

Berlin, 26. November.

Der südafrikanische Verteidigungs- und Handelsminister Pirow hatte Reichswirtschaftsminister Funk einen Besuch ab. In einer längeren Aussprache, an der auch Staatssekretär Brinkmann teilnahm, wurden die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die besondere Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft sowie die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Südafrikanischen Union eingehend erörtert.

Ein Offizier oder Aspirant der tschechischen Armee zeigten sich bei Deutschenverfolgungen besonders aus. Sie schienen sich nicht, selbst Frauen anzuerkennen, die auf der Straße deutsch sprechen.

Auch in Galau ereigneten sich in diesen Tagen zahlreiche Zusammenstöße. Deutsche wurden von größeren Gruppen von Tschechen angefallen und verprügelt. Mehr befanden sich auch Soldaten unter den Angreifern. Die Polizei schritt nicht oder zu spät ein.

Wieder Deutschenverfolgung in der Tschechi

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Olmütz, 26. November.
Wiederholung sind bei einigen Firmen in Olmütz rund 100 deutsche Angestellte gekündigt worden. Zum Teil erfolgten diese Kündigungen auf kommunistischen Druck.

„Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven“. Die Marinewerft Wilhelmshaven hat ab sofort die offizielle Bezeichnung „Kriegsmarinewerft“ erhalten.

Der Hanliche Innenminister beabsichtigt vor der Kammer das von der Regierung angekündigte Verbot der „Vaterländischen Volksbewegung“ (VVP). Nach einer drei Stunden dauernden Debatte billigte die Kammer das Verbot.

WIR BRINGEN HEUTE

- Das Judentum — Gefahr für die deutsche Musik Seite 3
- Colin Rob: Der letzte Widerstand Serbiens ... Seite 4
- Vom Saazer Land und seinem Hopfen ... Seite 8
- „Am farbigen Abglanz haben wir das Leben“ Seite 9
- Erstarte Selbstkosten werden entthront ... Seite 12
- Weihnachtliches Berlin ... Seite 17
- Beilage „Die Frau und ihre Welt“ ... Seite 19
- Bücher aus allen Gebieten ... Seite 20
- Schubfahrt ins Sudetenland ... Seite 23
- Beilage „Über dem Alltag“ ... Seiten 33-34
- Weihnachtspfefferkuchen aus Pulsnitz ... Seite 38